BUD / Motion Föh-Neckertal (40 Mitunterzeichnende) vom 18. September 2023
(übernommen von Sarbach-Wil)

Bewilligungsfreie Solaranlagen an Fassaden

Antrag der Regierung vom 25. Juni 2024

Nichteintreten.

Begründung:

Die Motion bezweckt die Schaffung einer gesetzlichen Regelung, damit für genügend angepasste Solaranlagen an Fassaden grundsätzlich keine Baubewilligung mehr erforderlich ist.

In der noch geltenden Fassung sieht Art. 18a Abs. 1 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (SR 700; abgekürzt RPG) vor, dass genügend angepasste Solaranlagen in Bau- und Landwirtschaftszonen auf Dächern keiner Baubewilligung bedürfen, sondern lediglich der zuständigen Behörde zu melden sind. Weiter kann gemäss Art. 18a Abs. 2 Bst. a RPG das kantonale Recht bestimmte, ästhetisch wenig empfindliche Typen von Bauzonen festlegen, in denen auch andere Solaranlagen ohne Baubewilligung erstellt werden können. Art. 18a Abs. 3 RPG legt sodann fest, dass Solaranlagen auf Kultur- und Naturdenkmälern von kantonaler oder nationaler Bedeutung stets einer Baubewilligung bedürfen. Sie dürfen solche Denkmäler nicht wesentlich beeinträchtigen.

Solaranlagen an Fassaden wurden bisher weder vom Bundesrecht noch vom kantonalen Recht von der Bewilligungspflicht befreit. Aufgrund des von den eidgenössischen Räten am 29. September 2023 in der Schlussabstimmung angenommenen Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (BBl 2023, 2301) soll Art. 18a Abs. 1 RPG aber geändert und auf genügend angepasste Solaranlagen an den Fassaden ausgeweitet werden. Neu sollen somit – sofern es sich nicht um einen Anwendungsfall von Art. 18a Abs. 3 RPG handelt – auch an Fassaden genügend angepasste Solaranlagen in Bau- und Landwirtschaftszonen keiner Baubewilligung mehr bedürfen. Die Schweizer Stimmberechtigten haben diese Änderung im Rahmen der Referendumsabstimmung vom 9. Juni 2024 mit 68,7 Prozent klar angenommen. Damit wird dem Anliegen der Motion auf Bundesebene bereits entsprochen.

Im kantonalen Recht wird unter Art. 136 Abs. 2 des Planungs- und Baugesetzes (sGS 731.1; abgekürzt PBG) aufgeführt, welche Vorhaben in der Regel keiner Baubewilligung bedürfen. So wird in Art. 136 Abs. 2 Bst. i PBG festgehalten, dass Anlagen zur Gewinnung von Solarenergie nach den Bestimmungen des RPG keiner Bewilligung bedürfen. Dies wird alsdann zukünftig auch (automatisch) für Solaranlagen an Fassaden gelten.

Vor diesem Hintergrund sieht die Regierung keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf auf kantonalen Ebene. Durch die Anpassung von Art. 18a Abs. 1 RPG, welche die Regierung ausdrücklich begrüsst und die voraussichtlich am 1. Januar 2025 in Kraft treten wird, wird dem Anliegen der Motion vollumfänglich entsprochen. Eine explizite Regelung im kantonalen Recht ist daher nicht notwendig.